

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Pettzelle 15 Pfennige.
Redaction, Druck und Verlag von R. Grafmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 27. Dezember 1878.

Nr. 604.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die inhaltliche Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Reichstags- und Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, unsere telegraphischen Depeschen sind bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch weiterhin den orientalischen Angelegenheiten, die ganz besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir werden ebenso für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen. Der Preis der einmal wöchentlich erscheinenden **Vommerzischen Zeitung** beträgt auf allen Postanstalten außerhalb vierteljährlich nur eine **Mark fünfzig Pfennige**. Der Preis der zweimal wöchentlich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark**, in Stettin in der Expedition monatlich **50 Pfennige**, mit Bringerlohn **70 Pfennige**.

Die Redaktion.

Deutschland.

** Berlin, 25. Dezember. Der Kapitän zur See Berger ist zum Kontradmiraal ernannt, der Kapitän z. S. Przewinski hat den Charakter als Kontradmiraal erhalten. Die Korvetten-Kapitäne Graf von Schenk, von Kalk und Stenzel sind zu Kapitänen z. S. befördert worden.

Die Arbeiten der für Danzig bestimmten eisernen Docks sind soweit vorgeschritten, daß auch während des Winters die Weiterarbeit erfolgen kann.

Am 21. Dezember ist die Korvette „Nolte“, nachdem sie die Probefahrt abgelegt, außer Dienst gestellt, die Korvette „Blücher“ beginnt in den nächsten Tagen ihre Probefahrt. Am 21. Dezember ist auch das von der Schiffbau-Gesellschaft „Weser“ in Bremen erbaute Panzer-Kanonboot „Chamäleon“ von Stapel gelaufen.

Das im nächsten Jahre in Dienst zu stellende Korvettengeschwader wird voraussichtlich den Kontradmiraal Rinderling zum Kommandanten erhalten.

„Zur Eisenbahn- und Bevölkerungs-Statistik der deutschen Städte, insbesondere der deutschen Provinzialstädte und Landstädte in der Periode 1867 mit 1875“ ist eine sehr werthvolle Arbeit des statistischen Amtes, welche in den so eben erschienenen Jahrbüchern der von demselben herausgegebenen Monatsheften veröffentlicht wird. Es enthalten die drei Statistiken, welche der 91 Seiten umfassenden Arbeit zu Grunde gelegt sind, einmal das sämtliche erscheinende Material, welches für die Untersuchung des Einflusses der Eisenbahnen auf die örtliche Bevölkerungsbewegung im Reiche zu Gebote steht, andererseits die Entwicklung des deutschen Eisenbahnnetzes zwischen den drei Volkszählungen 1867, 1871, 1875 im Vergleich zur Flächenausdehnung der Reichsfläche.

Berlin, 25. Dezember. In allen Kreisen des Reiches hat das vom Reichskanzler an den Bundesrath übermittelte Schreiben lebhaft besprochen. Großer Jubel herrscht unter den Schutzöllnern über das jüngste Kundenthum des Fürsten Bismarck in Zoll- und Steuer-Angelegenheiten. Daß das Schreiben einen unter solchen Umständen derartigem Inhalt, welche dem Reichskanzler ist indessen überaus geschickt abgefaßt, indem er sich dadurch Anhänger zu verschaffen vermag, daß die jetzt vom deutschen Reiche neu einzuleitende Handels- und Zollpolitik nur zum Schutze

der inländischen Industrie, des Handels und zur Befreiung der ausländischen Konkurrenz in Vorschlag gebracht wird. Daß die Kommission, welche zur Revision des Zolltarifs eingesetzt ist, ihr Elaborat den Wünschen und Vorschlägen des Reichskanzlers gemäß gefaßt hat, das kann wohl nach den seitens des Reichskanzlers in der Kommission deputirten Mitgliedern keinem Zweifel unterliegen. Niemand anders ist, wie wir schon meldeten, zum Vorsitzenden dieser Kommission ernannt, als der radikalste Führer der deutschen Schutzöllner und Begründer der freien Volkswirtschaftlichen Vereinigung im Reichstage, Abg. Frhr. v. Barnbüler, der im Frühjahr sein bekanntes Steuer- und Zollprogramm in den Spalten der „Post“ niedergelegt hat. Geheimrath Tiedemann, der erste Sekretär des Reichskanzlers, wird wohl gleichfalls dessen Programm in der Kommission lebhaft unterstützen und auch der dritte Deputirte, Regierungsrath Burchard aus dem Reichskanzleramt, wird uns als Schutzöllner bezeichnet. Daß die Reichsregierung beabsichtigt, mit dem radikalen Freihandelsystem ganz zu brechen, das beweist schon die Ernennung Barnbülers zum Vorsitzenden der Kommission behufs Revision des Zolltarifs. Man ist einigermassen gespannt, welche Stellung der Finanzminister Hübner zu diesem neuen Zollprogramm des Reichskanzlers einnehmen wird; bekanntlich ist derselbe ebenfalls dem gemäßigten Schutzzolle geneigt. Die Räte des Finanzministers versichern, daß derselbe sehr guter Dinge von Friedrichsruh hierher zurückgekehrt und es zwischen ihm und dem Reichskanzler bis auf Weiteres zu einer Einigung gekommen sei.

— Die „Nat.-Ztg.“ schreibt:

Nach der vorläufigen Auseinandersetzung mit Oesterreich ist das Schreiben des Reichskanzlers an den Bundesrath, betreffend die Revision des Zolltarifs, die wichtigste Begebenheit auf dem Gebiete der Wirtschaft- und Finanzpolitik. Ueber den Werth der Gründe werden gewiß die Meinungen weit auseinandergehen; aber Niemand läugelt sich über die Bedeutung, welche das Ansehen und der mächtige Einfluß des Reichskanzlers dem in dem Schreiben entwickelten Programm verleiht. Wir haben bereits hervorgehoben, daß dasselbe völlig entgegengekehrt ist von den Anschauungen, welche der Reichskanzler vor genau drei Jahren als die Grundzüge der von ihm beabsichtigten Finanz- und Tarifreform entwickelt hat. Damals stand im Mittelpunkt aller Erwägungen, den Tarif zu vereinfachen, ihn von den niedrigen Zöllen zu entlasten und nur sehr wenige verzollbare Einfuhrartikel mit sehr großen Erträgen beizubehalten; heute soll die fast allgemeine Besteuerung mit niedrigen Zöllen einen wesentlichen Bestandtheil der Finanz- und Tarifreform ausmachen. Selbstverständlich entscheidet dieser Widerspruch nicht über die Richtigkeit der heutigen oder der damaligen Auffassung, aber er mahnt zur äußersten Vorsicht in der Behandlung eines Gegenstandes, welcher, wegen Vielseltigkeit der Gesichtspunkte, dem verantwortlichen Leiter unserer Politik einen so raschen und so durchgreifenden Wechsel der Anschauungen gestattet.

Als ein anderer Grundzug tritt in dem Schreiben hervor das ersichtliche Bestreben, die Schutz- und Finanzzölle innig zu verbinden und aus beiden Systemen eine Gestaltung hervorzubringen, welche möglichst viele Interessen engagirt und vielleicht hierdurch sich befähigt, möglichst viele Freunde zu werben. Bisher glaubte man, der ohnehin sehr entwickelten Sache am besten gerecht zu werden, wenn man die völlig verschiedenen Gesichtspunkte der Schutzzölle und der Finanzzölle von einander absonderte. Das Programm des Reichskanzlers beschreitet den entgegengekehrten Weg und die Verbindung beider Bestrebungen, die heimische Produktion zu schützen und den Finanzen des Staates aufzuhelfen, eröffnet einen weiten Spielraum, aus beiden Gebieten die Gründe zur Widerlegung entgegengesetzter Bedenken herzuholen. Namentlich stellt das Schreiben die Finanzreform, die Erhöhung der Einnahmen aus den indirekten Zöllen in den Vordergrund der Erwägungen, aber die begleitenden Erörterungen lassen den Schutzöllnern vollen Raum, auf Verwirklichung ihrer Pläne zu hoffen, während ihren Gegnern immer noch die Hand zu einer gewissen Verständigung nicht völlig entzogen wird. In der Welt dieser praktischen Ansichten erleidet das Programm eine gewisse Unklarheit, welche die überaus geschickte Anordnung und die Durchsichtigkeit der Form nicht zu beseitigen vermag.

Mer immerhin, die Richtung im Großen ist angedeutet; sie wendet sich von der bisherigen deutschen Handelspolitik ab und lenkt in ein neues System ein, auf dessen Grundlage die äußersten Schutzöllner die Erfüllung weitgehender Wünsche in Aussicht nehmen dürfen. Das letzte Wort ist freilich noch nicht gesprochen; in dem Hervorkehren des vorwiegenden Interesses für die Finanzerträge der Zölle liegt eine gewisse Reserve, welche offenbar die Verständigung mit jeder der beiden Seiten einzuweilen noch offen hält. Aber bald muß auch hierüber Klarheit verschafft werden. Wie für den Reichskanzler, so fällt auch für die deutsche Presse nunmehr die Zurückhaltung weg, welche die Unterhandlungen mit Oesterreich ihr bisher auferlegt haben. Die unverzügliche Veröffentlichung des Schreibens läßt darauf schließen, daß die öffentliche Kritik herausgefordert werden sollte, und es wird Pflicht der Presse sein, dem an sie gestellten Anspruch volle Genüge zu leisten.

— Wir hatten in den von uns an das zollpolitische Programm des Reichskanzlers angeknüpften Bemerkungen an eine Rede des letzteren vom 22. November 1875 erinnert, worin der Fürst den Uebergang zu einem einfachen Finanzzollsystem und die Zollbefreiung aller finanziell nicht einträglichem Artikel empfahl; die „Post“ bemerkt dagegen über:

„Die „National-Zeitung“ überseht offenbar, daß vor zwei Jahren der Sieg schutzzöllnerischer Tendenzen bei unseren größten Nachbarn noch nicht entschieden war. Das Blatt überseht, daß wir bei einem Zollsystem, das nur eine kleine Zahl finanziell einträglichem Artikel besteuern würde, jede Handhabe verloren hätten, unsere Nachbarn jemals von ihrer jetzigen unfer Artikel ausschließenden Zollpolitik wieder abzubringen.“

Es wird durch diese Bemerkung leblich bekräftigt, daß ein Theil der Artikel, welche nach dem Programm des Reichskanzlers bei der demnächstigen Tarif-Revision mit der allgemeinen Eingangsabgabe belegt werden sollen, nur als Träger von Kampfzöllen zu figuriren bestimmt sind. Bei den später aufzunehmenden Verhandlungen über den Abschluß neuer Handelsverträge soll dann die Ermäßigung oder gänzliche Aufhebung der betreffenden Zölle unserer Nachbarn als Gegenleistung für die von uns verlangten Zollermäßigungen oder Befreiungen in Betracht der durch die höheren Zollsätze von der Einfuhr in das Nachbarland ausgeschlossenen deutschen Artikel angeboten werden.

Der Bundesrath hielt gestern eine Plenarsitzung unter Vorsitz des Präsidenten des Reichskanzleramts, Staatsminister Hofmann. Der Vorsitzende theilte zunächst mit, daß der Bevollmächtigte zum Bundesrath, königlich sächsische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister v. Rostiz-Ballwig auf seinen Wunsch von dem Amte eines Mitgliedes des kaiserlichen Disziplinarhofes entbunden worden ist. Die Wahl eines anderen Mitgliedes soll in einer der nächsten Sitzungen stattfinden. Eine weitere Mittheilung des Vorsitzenden, betreffend die Bauarbeiten am Gotthardtunnel, wurde von der Versammlung zur Kenntniß genommen. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Schreiben des Herrn Reichskanzlers, betreffend die Revision des Zolltarifs. Die Beschlußfassung wurde bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt. Sodann wurde, nach Berichtstattung seitens der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr, dem zu Berlin am 16. Dezember d. J. unterzeichneten Handelsvertrage mit Oesterreich-Ungarn die Zustimmung ertheilt.

Ausland.

Paris, 25. Dezember. Zu Ehren Gambetta's haben gestern die Handelsreisenden ein Bankett veranstaltet, an welchem 230 Personen theilnahmen. Gambetta hielt dabei eine Ansprache, er kündigte den vollständigen Sieg der Republik bei den Wahlen vom 5. Januar an und berührte die Arbeiten der Wahluntersuchungskommission; durch dieselben seien die Umtriebe der Gegner beleuchtet worden.

Paris, 22. Dezember. Im Theatersaal des Chateau-d'Eau fand heute zum Besten der Laienschulen des dritten Arrondissementes ein Vortrag des Deputirten Spuller statt. Gambetta führte bei dieser zahlreich besuchten „Konferenz“ den Vorsitz und eröffnete in einer sehr beifällig aufgenommenen Ansprache. Nachdem demnach Herr Spuller seinen Vortrag gehalten hatte, nahm Gambetta nochmals das Wort und begrüßte in einer längeren Rede das

neue Jahr als den Termin der so lange ersehnten und durch die der Republik feindseligen Parteien so lange ferngehaltenen endgültigen Einführung der Harmonie, der Geselligkeit, der Redlichkeit in den Beziehungen der öffentlichen Gewalten.

„Ich begrüße“, fuhr Gambetta fort, „die wirkliche Erhaltung, diejenige, welche darin besteht, für das öffentliche Wohl unter der Regide des Gesetzes zu arbeiten und keine andere Ueberlegenheit anzuerkennen als diejenige, welche aus der Tüchtigkeit, aus dem Talente oder einem geleisteten Dienste folgt, sowie keine anderen Laster gelten zu lassen, als diejenigen, welche von den Erwählten der Nation frei bewilligt worden sind, keine andere Freiheit anzuerkennen als diejenige, welche Allen Nutzen bringt, endlich sich von den Chimären, den Träumen und den Utopien zu befreien und von der Republik zu sagen: Sie ist das Recht, nichts als das Recht, aber das ganze Recht.“

Rom, 22. Dezember. Seit gestern haben wir parlamentarische Weihnachtsferien, und alles ist froh darüber. Die jüngsten parlamentarischen Vorgänge: der Sturz des Ministeriums Cairoli durch die Coalition vom 11. Dezember, die innere Schwäche der gemäßigten Parteien, die politische Unredlichkeit und Heuchelei der dissidenten Fraktionen der Linken, die Ministerkrise und ihr jämmerliches Resultat, das dritte Ministerium Depretis — alle diese Dinge zusammengekommen haben auf die öffentliche Meinung im höchsten Grade deprimirend gewirkt, so daß man es allgemein als eine Art Erlösung betrachtet, wenn der Schauplatz aller dieser Erbarmlichkeiten und Intrigen, die Halle von Monte Citorio, einwillen geschlossen bleibt. Im alten Rom hätte man sicherlich ein Uebriges gethan und zu den bevorstehenden Festen eine solenne peroratio der entweihten Stätte veranstaltet. Leider aber leben wir nicht mehr in einem Zeitalter symbolischer Bräuche! Immerhin wäre es kein überflüssiger Gedanke, wollte das Präsidium des Abgeordnetenhauses in den Weihnachtsferien eine recht gründliche Ausräucherung des Palastes von Monte Citorio veranstalten. Freilich dürfte das hier wirksame moralische Contagium auch mit den besten Methoden moderner Desinfektionstechnik noch nicht zu vertreiben sein! — Die beiden letzten Sitzungen des Abgeordnetenhauses verliefen, der widerwärtigen parlamentarischen Simulation entsprechend, so unerquicklich als möglich. In der Sitzung vom 20. Dezember, in welcher das neu ernannte Ministerium der Volksvertretung sich zum erstenmal vorstellte, fand es bei dieser eine geradezu skandalöse Aufnahme. Zu wiederholten Malen wurde die Rede des Ministerpräsidenten durch Lärm und Widerspruch unterbrochen. Als Herr Depretis sagte: es habe an Zeit gefehlt, ein ausführliches Regierungsprogramm auszuarbeiten, doch seien die Namen der neuen Minister, um als politisches Programm dienen zu können, ja bekannt genug, da rief eine Stimme von der Linken: berichtigt genug! — zum größten Gaudium des Hauses und zu nicht geringer Verlegenheit des Redners, den diese Unterbrechung denn doch etwas außer Fassung brachte. Ebenso brach neuer Lärm aus bei der Erklärung: daß die Regierung zwar das Maßsteuergesetz ohne Verzug vor den Senat bringen werde, es aber gleichzeitig für ihre Ehrenpflicht ansehe, das Gleichgewicht im Staatshaushalt nicht zu kompromittiren. Ferner erklärte der Redner: da es an Zeit fehle, noch vor Jahreschluss das Budget durchzuberathen, müsse die Regierung die provisorische Bewilligung des Etats für die beiden Monate Januar und Februar 1879 beantragen. Der zu diesem Zwecke noch in derselben Sitzung von dem Finanzminister Magliani eingebrachte Gesetzentwurf wurde, wie es den Umständen nach ja nicht anders sein konnte, vom Hause für dringlich erklärt und ohne Weiteres auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung (vom 21. Dezember) gesetzt. In dieser gestrigen Sitzung ist dieser Gesetzentwurf denn auch angenommen worden, fast ohne Diskussion; da die Regierung sowohl (durch Herrn Depretis) als die Budget-Kommission (durch ihren Berichterstatter Abg. La Porta) von vornherein erklärt hatten: es handle sich bei diesem Gesetzentwurf nicht um ein politisches Votum, sondern um eine rein administrative Maßregel, so konnte eine Debatte hierüber freilich weiter keinen Sinn haben. Nach geschickter Abstimmung wurde von dem Präsidenten Farina die Vertagung des Abgeordnetenhauses bis zum 14. Januar 1879 ausgesprochen.

London, 25. Dezember. Trotz der eben in

